Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. 1 Amt Dresden Nr. 109 / Redaktionsschluß: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Donnerstag, den 20. Mai 1926 — Nummer 115

Die SPD. für Zuchthauskanzler Marx

Luthers Sturz wegen der Flaggenverordnung
Marx bleibt, weil er sie durchführt

In seiner letzten Sitzung vor den Pfingstferien erledigte der Reichstag zunächst die zweite Beratung des Nachtragsetats für das Jahr 1925, der u. a. auch die Forderung von 1½ Millionen als Anteil des Reiches an den Kosten der Durchführung des Enteignungsverfahrens bei dem Volksbegehren auf Entschädigung der Fürstenvermögen enthält und in der Abstimmung gegen die Kommunisten angenommen wurde.

Zuvor hatte Genosse Neubauer für die ablehnende Haltung der kommunistischen Fraktion die Begründung gegeben. Wie sehr tatsächlich die finanzielle Lage des Reiches unglücklich ist, um mehr Steuern herauspressen zu können. Der Etat schließt mit einem Ueberschuß von 200 Millionen ab. Die Prahlerei der Regierung mit dem Defizit war also Bluff. Die arbeitende Bevölkerung ist nach wie vor mit Steuern überlastet, für die großen Unternehmer aber hat die Reichskasse immer noch Subventionen übrig.

Zuletzt wurde die Sitzung abgebrochen und eine neue auf Dienstag angesetzt mit der Tagesordnung: Entgegennahme der

Regierungserklärung.

Die Regierungsparteien hatten zu diesem Tagesordnungspunkt einen Antrag eingebracht, der besagt: „Der Reichstag nimmt von der Erklärung der Reichsregierung Kenntnis und geht über alle Anträge zur Tagesordnung über."

In der neuen Sitzung erhielt sofort

Reichskanzler Marx

In der Einleitung seiner kurzen Regierungserklärung wollte Marx dem gestürzten Dr. Luther seine volle Anerkennung für dessen „erfolgreiche, aufopfernde und selbstlose Tätigkeit" aussprechen, um dann sogleich zum Programm der neuen Regierung zu kommen.

Er erklärte, daß die „bewährte Außenpolitik des Reichs fortgesetzt werden wird. Wir hoffen, erklärt Marx, daß die Verhandlungen der Studienkommission in Genf dazu führen werden, die Locarnoverträge bald endgültig in Kraft zu setzen und Deutschland die Möglichkeit zu geben, als ständiges Mitglied des Völkerbundsrates an dessen großen Aufgaben mitzuarbeiten." Der deutsch-russische Vertrag fügt sich nach der Aufassung von Marx durchaus in diese Politik ein.

Politisch kann der neue Reichskanzler nicht darum herum, er will aber die Arbeitslosigkeit zu verlieren. „Hier Abhilfe zu schaffen, so weit die Grenze des Möglichen", ist das nächstliegende Programm der neuen Regierung.

Was wirklich was Marx am Herzen liegt, ist

die Flaggenverordnung.

Marx erklärte kurz und bündig erklärte, daß durch den Brief des Reichspräsidenten und die darin vorgeschlagenen Wege „**Bestand und Durchführung von Hindenburgs Flaggenverordnung, deren Zweckmäßigkeit nicht bezweifelt werden kann (!), in keiner Weise gefährdet**" wird.

Zu dem Volksentscheid, der am 20. Juni stattfindet, sagte Marx: „Die grundsätzliche Einstellung der Reichsregierung zu dem dem Volksentscheid unterbreiteten Gesetzentwurf zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten erleidet durch die Umbildung des Kabinetts keine Aenderung." Die von ihm angekündigte **Sabotage des Volksentscheids** mit allen Mitteln und der Kampf gegen die Freunde der Fürstenenteignung wird das Kabinett Marx also nach dieser Erklärung beide fortsetzen.

Marx schloß diese provokatorische Regierungserklärung mit dem Appell an den Reichstag um Unterstützung der Regierung in ihrem Wirken, auf der „Grundlage der republikanischen Weimarer Verfassung, das Wohlergehen des deutschen Volkes in allen seinen Teilen zu fördern."

In der Aussprache spricht zuerst der **Sozialdemokrat Müller-Franken**. Er erklärt sich damit einverstanden, daß die bisherige Außenpolitik fortgeführt werden soll. Zur Flaggenfrage macht er einige kühne Worte und kündet einen Gesetzentwurf der Sozialdemokraten an. Zum Volksentscheid erklärt er, daß dort das Volk das Wort habe. Zur Erwerbslosenfürsorge ist der Sozialdemokrat mit Marx, also mit dem Abbau der Erwerbslosenfürsorge, einverstanden. Er schließt seine Rede damit, **daß er Mißtrauensanträgen von kommunistischer oder völkischer Seite ablehnen werde**, stellt also **der Marx-Regierung ein unverhohlenes Vertrauensvotum aus.**

Reichsinnenminister **Dr. Külz** gibt darauf eine Erklärung zur Reichswehrhaltung ab. Er sagt, zwischen Reichswehr und Nationalverband der Offiziere bestehen keine Verbindungen. Eine Verbindung bei der Reichswehr streng verboten (?). Bei diesem schlechten Witz war das Lachen der Linken des Hauses wirklich angebracht. Gleich darauf muß Külz zugeben, daß „in verschiedenen Fällen **vor Einstellung von jungen Leuten in die Reichswehr von den betreffenden Truppenteilen bei Oberst von List (!) anfragt worden ist, ob der Betreffende sich in jeder Beziehung für die Reichswehr eigne**". Mit dem Zugeben dieser Tatsache versucht Külz die Behauptung zu entkräften, daß von jungen Leuten vor Einstellung in die Reichswehr **Mitgliedsbücher von bestimmten politischen Verbänden verlangt worden seien.** Külz verspricht eine Untersuchung des Materials.

Graf Westarp von den **Deutschnationalen** faselt von bolschewistischer Gefahr, greift die preußische Polizei, die in die staatsstreicherischen Pläne der Monarchisten hineinleuchtete, heftig an, und wettert gegen den Potemkin-Film. Er verlangt die Durchführung der Flaggenverordnung und den Abbau der Erwerbslosenunterstützung. Weiter fordert er von der Regierung aktive Agitation gegen den Volksentscheid. Er erklärt, bei der Abstimmung zur Regierungsfrage werden sich die Deutschnationalen der Stimme enthalten.

Die Redner des Zentrums, der Volkspartei und der Demokraten, sowie der Bayerischen Volkspartei erklären ihre Unterstützung. Die Völkischen sprechen der Regierung ihr Mißtrauen aus. Für die kommunistische Fraktion ergreift das Wort

Genosse Schneller.

Genosse Schneller erklärt, die Kommunistische Partei habe von Anfang an **in schärfstem Kampfe gegen die Dawes- und Völkerbundspolitik der Luther-Regierung gestanden.** Das Marx-Kabinett werde diese Politik fortsetzen. Diese Politik habe die Arbeiterschaft ständig stärker ins Elend geführt. **Die Zahl der Erwerbslosen nehme nicht ab, sondern zu.** Er richtet an die Regierung und die Regierungsparteien die Frage: Welche Möglichkeiten haben Sie, den Erwerbslosen Arbeit zu verschaffen, welche Aussicht für die Besserung des Wirtschaftslebens? Er geißelt die Methoden der Lohnsenkung und Betriebseinschränkungen, der Verlängerung der Arbeitszeit und des Abbaus der staatlichen Sozialfürsorge. In der Regierungserklärung findet sich kein Wort über die Folgen der Dawespolitik auf die Arbeiter, Kleinbürger und Kleinbauern. Die Regierungsparteien haben kein Wort zu der Steuersubventions-, Kredit- und Zollpolitik der Luther-Regierung gesagt. **Die Armen und Aermsten werden mit Phrasen abgespeist.** Die besitzende Klasse erhält Riesenunterstützungen. **In den letzten Monaten sind allein 321,7 Millionen Reichsmark Subventionen an Großunternehmungen gegeben worden.** Die Folge dieser Politik werde eine Verschärfung der Klassengegensätze sein. Gegen die Regierung Marx, die diese Politik fortzusetzen gedenkt, kann es nichts anderes geben als den schärfsten Kampf. Die Klassenscheidung wird zu einer Stärkung des Klassen- und Kampfbündnisses zwischen Arbeiterschaft und werktätigen Mittelschichten führen. Wir werden aus der maßlosen Verbitterung des arbeitenden Volkes versuchen, zu einer Organisierung gegen die jetzige Politik zu gelangen.

Genosse Schneller stellt fest, daß die **Sozialdemokraten ihre alte Politik fortsetzen**, die Politik, die das Proletariat ins Elend geführt hat. Es gibt nur eins: **Entweder die Politik des Staatsstreiche zu unterstützen oder die Unterstützung des Zusammenschlusses der Werktätigen zum Kampf.** Was jetzt in der Stellungnahme der SPD. zum Ausdruck kommt, ist nichts anderes als die Angst vor der Aktivität der Massen. Gen. Schneller kritisiert dann scharf die Sabotage der Regierung gegen den Volksentscheid und die Zuchthausvorlage genannt Vereinsgesetz. Die SPD.-Führer versuchen, die Einheit des Proletariats zu verhindern. Auf die Dauer werden sie aber diesen Zusammenschluß nicht verhindern können. Wir fordern **die Zwangsregulierung der Wirtschaft unter der Arbeiterkontrolle.** Wir werden das Proletariat zu dem Kampf um dieses Ziel aufrufen. Je mehr sie die Massen zu täuschen suchen, um so klarer wird es für sie werden, daß auf der einen Seite steht die schwarze Front der nationalen Diktatur, auf **der anderen Seite die rote Front um die proletarische Diktatur.**

Damit schließt die Aussprache. In einfacher Abstimmung wird der Antrag der Regierungsparteien gegen die Kommunisten und Völkischen angenommen, die Deutschnationalen enthalten sich der Stimme. Damit ist auch der von der kommunistischen Fraktion eingebrachte Mißtrauensantrag: „Der Reichstag wolle beschließen: die Reichsregierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages" erledigt. **Die Sozialdemokraten haben damit dem Marx-Kabinett das volle Vertrauen für alle seine Handlungen ausgesprochen**, sie haben damit aber auch die Verantwortung für alle Taten dieser Regierung übernommen.

Darauf tritt Vertagung bis zum **Montag, den 7. Juni**, nachmittags 3 Uhr, ein.

Jetzt erst recht!
Eiltempo zum Roten Pfingsten nach Berlin.

Die Maikämpfe in Polen

Warschau, 17. Mai.

Was geschah in Polen in den drei Maitagen, die von nun ab als historische gelten werden? War es, wie die polnische Reaktion behauptet, der „mexikanische" Putsch eines ehrgeizigen und gekränkten Generals? War es, wie jener Teil der polnischen Presse sagt, der Pilsudskis persönliche Ansichten wiedergibt, bloß eine „bewaffnete Demonstration", die sich nicht von „politischen Rücksichten" leiten ließ, sondern „sich zum Protest gegen die Herabsetzung der moralischen Autorität" durch die Witos-Regierung gezwungen sah, jenen Witos, der von Pilsudski als Dieb und Premierminister der Staatsräuber genannt wurde? In Wirklichkeit war es weder das erste noch das zweite. Die Maikämpfe in Polen bilden den Anfang des revolutionären Kampfes der Volksmassen gegen die Großgrundbesitzer und die Kapitalisten, die in Gemeinschaft mit dem „Kulak" Witos einen faschistischen Umsturz vorbereiteten. Es war ein Klassenkampf um die Macht, ein Kampf, dessen Vorbote der Krakauer Aufstand vom Jahre 1923 war, der damals eine ähnliche Witos-Regierung wie die heutige zur Strecke gebracht hat.

Pilsudski hat recht, wenn er sagt, daß seine Aktion „politischen Rücksichten" nicht entsprang. Er krankte von jeher an einem mangelnden Verständnis für den sozialen Inhalt und die Klassenverhältnisse der modernen Gesellschaftsordnung und hatte daher niemals ein klar durchdachtes politisches Programm. Sein Programm lief auf zwei Punkte hinaus: Die Unabhängigkeit Polens und den unversöhnlichen Haß gegen Rußland — einerlei, ob das Zarenrußland oder Sowjetrußland!

Pilsudski verkörperte in sich die Idee des „über den Klassen stehenden" nationalen Staates, und so wurde er zum Nationalhelden des Kleinbürgertums, das ebensowenig wie er den Klassencharakter des heutigen Polens verstand, und zu dessen Merkmalen die ideologische Verwirrung der Köpfe gehört. Pilsudskis Kampf gegen die Nationaldemokraten, die das kapitalistische Polen verkörpern, spielte sich jedoch nicht in Form sozialer Forderungen ab. Der gewesene Sozialist (sozialpatriotischen Schlages) arbeitete in der ersten Zeit des unabhängigen Polens ausgezeichnet Hand in Hand mit den Kapitalisten und Großgrundbesitzern, die sofort sich daran machten, die Reaktion anzuführen. Wenn die Nationaldemokraten später Pilsudski als Oberhaupt Polens und als Armeechef beseitigten, so geschah dies hauptsächlich deshalb, weil Pilsudski als „Nationalheld" die polnische „Demokratie" um sich sammelte und deren Bedeutung im politischen Leben Polens steigerte.

Der persönliche Einfluß Pilsudskis auf die Armee hinderte die rechten Parteien, aus der Armee ein williges Werkzeug für die politischen Ziele der Reaktion zu machen. Pilsudskis Unversöhnlichkeit gegenüber der Sowjetunion war ein Hemmschuh für die polnische Industrie in ihrem Drang, mit den Absatzmärkten im Osten von neuem in Fühlung zu kommen. Im Interesse eines kommenden Krieges mit der Sowjetunion nahm Pilsudski eine versöhnliche Haltung gegenüber den ukrainischen und den weißrussischen „Randgebieten" an, die ja von Pilsudski selbst erobert worden waren, während das Bestreben der Großgrundbesitzer dieser Gebiete und der Nationaldemokraten dahin ging, mit Feuer und Schwert diese Gebiete zu kolonisieren und zu polonisieren. Da aber bei Pilsudski die nationalen Interessen überwogen und er daher keine Klassenparolen ausgab, bestand die Möglichkeit eines Kompromisses zwischen Pilsudski und der kapitalistisch-großagrarischen Reaktion 1926 ebenso 1918. Dieses war um so mehr der Fall, da Pilsudskis Interesse sich immer mehr und mehr auf die Armee allein beschränkte.

Wenn es zum Platzen kam, so geschah es deshalb, weil Pilsudski gegen seinen Willen in der letzten Zeit wieder zum sichtbaren Haupt und vereinigenden Zentrum der polnischen Demokratie geworden ist.

Pilsudski kämpfte gegen die kapitalistischen Nationaldemokraten wegen der Armee, aber dadurch wurde er in den Augen der werktätigen Intellektuellen, die schwer unter der kapitalistischen „Sanierung" Polens leiden, zum Symbol des Kampfes gegen die kapitalistische Reaktion an sich. Die Gutsbesitzer und Kapitalisten gaben der Bauernschaft kein Land, und so erblickten die Bauern in Pilsudski, der sich den Gutsbesitzern und Kapitalisten entgegenstellte, den Mann, der ihnen in ihrer Not helfen konnte. Ein Teil der Arbeiter sah in Pilsudski immer noch den „Sozialisten". Die unteren Offiziere, hauptsächlich die früheren Legionäre, die aus den Reihen der werktätigen Intellektuellen, der Arbeiter und Bauern kamen, teilten ebenfalls alle diese Illusionen. Zu gleicher Zeit sahen sie in Pilsudski den Mann, der sie stets gegen die Generale der ehemaligen zaristischen oder österreichischen Armee schützte.

Der polnische Faschismus, der sich anschickte, sein Programm zu verwirklichen, mußte vor allem mit Pilsudski fertig werden, als der Persönlichkeit, um die sich die Demokratie, die überwiegende Mehrheit der Bauern und ein Teil der Arbeiterschaft scharte. Die Reaktion hielt sich bereits für stark genug, um Pilsudski während der letzten Regierungskrise durch die Ernennung eines Gegners des Marschalls zum Kriegsminister zu provozieren. Die Provokation gelang. Unter dem Druck seiner nächsten Anhänger aus den Kreisen der Offiziere und ehemaligen Offiziere begann Pilsudski seine „bewaffnete Manifestation", seine „moralische Revolution".

Hier aber kam das hinzu, womit der Faschismus nicht gerechnet hat: das Klassenmoment. Pilsudskis Soldaten sind hauptsächlich Bauern. Sie machten sofort zum Ziel des Kampfes, den sie begonnen hatten, den Sturz der Regierung der Gutsbesitzer, Kulaki und Kapitalisten, und zwar keineswegs wegen „moralischer" Rücksichten, sondern weil das Bestehen dieser Regierung die letzte Hoffnung der Bauernschaft, Land zu bekommen, zunichte machte.

Die Arbeiter stellten sich instinktiv auf Seiten der revolutionären Soldaten. Während die polnische Sozialdemokratie (PPS.) noch schwankte, begannen die Eisenbahner die Züge mit den Transporten der Regierungstruppen nach Warschau aufzu-